

Texte zum IMI-Kongress 2010 - Europas Staatsbildungskriege



Der militärische Knüppel aus Brüssel

von Michael Haid und Arno Neuber

Innerhalb der EU gibt es keinen Politikbereich, der sich derart dynamisch entwickelt, wie ihre Militärpolitik. Zum zehnten Jahrestag des Kölner EU-Gipfels vom Juni 1999 durfte der damalige „Mr. GASP“, Javier Solana, stolz verkünden, dass die EU inzwischen „23 zivile und militärische Operationen auf drei Kontinenten“ durchgeführt habe und die EU damit bereits zu einem „globalen Bereitsteller von Sicherheit“¹ geworden sei. Seit dem hat sich die Zahl der EU-Missionen auf 26 gesteigert (davon sind bereits elf abgeschlossen).²

Dennoch drückt man weiter in den EU-Hauptstädten aufs Tempo. Von „tektonischen Plattenverschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge“ in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ist die Rede, die dazu führen würde, dass „Europas politische und wirtschaftliche Rolle in der Welt schon alleine aus demographischen Gründen abnehmen wird“.³ Vor diesem Hintergrund ist das State-Building genauso wie das Zerschlagen von Staaten zu einem bedeutenden Instrument der EU-Außenpolitik geworden.

Neben dem Einsatz von „sanfter Gewalt“ hat die EU sich auch eine Palette von „Hardware“ zugelegt, die hierfür eingesetzt werden kann. In diesem Beitrag wird vorgestellt, welche militärischen Strukturen die EU dafür ausgebildet hat. Namentlich handelt es sich um die EU-Eingreiftruppe, die Battle-Groups und die European Gendarmerie Force. Weiterhin widmet sich der Text der Frage, welche Funktion den jeweiligen Strukturen beim Staatsaufbau und seiner Zerschlagung zukommen kann sowie welche Rolle dabei die Kooperation mit der NATO und der UN spielt.

Systemexport mit allen Mitteln

„Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden“, heißt es in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003. „Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden.“ Und: „Mit dem Ausbau der Fähigkeiten in den verschiedenen Bereichen sollten wir an ein breiteres Spektrum von

Missionen denken. Hierzu könnten gemeinsame Operationen zur Entwaffnung von Konfliktparteien, die Unterstützung von Drittländern bei der Terrorismusbekämpfung und eine Reform des Sicherheitsbereichs zählen. Der letztgenannte Punkt wäre Teil eines umfassenderen Aufbaus von staatlichen Institutionen.“⁴

State-Building heißt das Zauberwort, mit dem suggeriert wird, dass schwache oder gescheiterte Staatlichkeit in Ländern der Peripherie eine der wesentlichen Bedrohungen für die EU sei. Für Robert Cooper, einem der Autoren der EU-Sicherheitsstrategie, besteht der zentrale Widerspruch der heutigen Welt aus dem Gegensatz zwischen den „postmodernen Staaten“ des Westens und den „gesetzlosen, vor-modernen Staaten“, die er vor allem in Afrika und im Mittleren Osten verortet. Die Lektion, die der Westen lernen müsse, bestehe in der Erkenntnis, dass dem „Chaos in kritischen Teilen der Welt“ zum Zweck des eigenen Systemerhalts entgegengetreten werden muss. „Nicht das wohlorganisierte Persische Reich brachte Rom zu Fall, sondern die Barbaren.“⁵

Der Export westlicher Staatlichkeit in Regionen, die für die EU von politischem Interesse sind, erfolgt dabei natürlich nicht im luftleeren Raum. Sie erfordert die Zerstörung bestehender Strukturen und bedarf daher der militärischen Durchsetzung und Absicherung. „In diesem Sinn hat Nation-Building auch imperiale Züge.“⁶

Berit Bliesemann de Guevara und Florian P. Kühn entlarven die westlichen State-Building-Unternehmungen der letzten zwei Jahrzehnte. „Statebuilding schafft Potemkinsche Staatlichkeit.“ „Da der neue Staat die Akzeptanz der Bevölkerung nicht gewinnen kann, solange er internationalisiert, das heißt mit internationalen Beratern durchgesetzt ist, die ihre Vorstellungen beispielsweise von Wirtschaftspolitik durchsetzen können, macht sich die Intervention selbst unentbehrlich.“⁷

Mit dem Einsatz militärischer Gewalt wird westliche Staatlichkeit aufgezwungen, mit deren Hilfe westliche Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden. Weil dieses State-Building Widerstand hervorruft, muss es weiter militärisch abgesichert werden.

Daten zur EU-Eingreiftruppe

Die schnelle Eingreiftruppe der EU (European Rapid Reaction Force, ERRF) wurde im Rahmen des European Headline Goal auf dem EU-Gipfel in Helsinki am 10./11. Dezember 1999 beschlossen. Bei einem Umfang von 60.000 Soldaten sollte die ERRF innerhalb von 60 Tagen – aus nationalen Kontingenten zusammengestellt – bei einer „Durchhaltefähigkeit“ von mindestens einem Jahr für ein potentiell Einsatzgebiet in einem Radius 6.000 Kilometer rund um Brüssel bis 2003 einsatzbereit sein. Auf der Beitragskonferenz „Capabilities Commitments Conference“ (CCC) im November 2000 wurden von den Mitgliedstaaten insgesamt 100.000 Soldaten, 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe für die EFRF zugesagt und im Helsinki-Streitkräfte-Katalog (Helsinki Force Catalogue) aufgelistet. Der deutsche Beitrag war der größte und betrug 30.000 Soldaten, 90 Kampfflugzeuge und 15 Schiffe

The Big Stick: Die EU-Eingreiftruppe

Im Juni 1999, unter deutscher Ratspräsidentschaft, beschloss die EU in Köln mit der „Erklärung des Europäischen Rats zur Stärkung der GASP“ Interventionstruppen und militärische Führungsinstrumente aufzubauen, die der EU „die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten“ verschaffen soll - und zwar „unbeschadet von Maßnahmen der NATO“. ⁸ Das heißt, grundsätzlich sollte der EU ein autonomes militärisches Eingreifen ermöglicht werden, allerdings eingeschränkt nur „in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist“, um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden. Diese veränderte Sichtweise ging auf ein französisch-britisches Gipfeltreffen im Dezember 1998 in St. Malo zurück, auf dem die traditionelle Haltung aufgegeben wurde, die NATO sei allein für „die Sicherheit und Verteidigung Europas“ zuständig. ⁹ Damit war der Grundstein für eine eigene EU-Sicherheits- und Militärpolitik gelegt.

Seither hat sich die EU ein umfangreiches militärisches Instrumentarium zugelegt, das von einer Ratspräsidentschaft zur nächsten perfektioniert und ausgebaut wird. „Militärische Macht bleibt ein entscheidender Faktor in der internationalen Politik“, fasst Holger H. Mey, Sicherheitsberater und früherer Referent im Planungsstab des Verteidigungsministeriums, die Motivationslage der EU-Spitzen zusammen. „Machtprojektion, die präventive Stationierung von Streitkräften, aber auch der unmittelbare Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele werden weiterhin über das Schicksal von Völkern entscheiden.“ ¹⁰ Die Europäische Union hat in den letzten Jahren keinen Hehl daraus gemacht, dass sie nicht nur zur „dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsregion“ (Lissabon-Strategie) der Welt aufsteigen möchte, sondern dass sie auch einem Militärapparat bereithalten will, der diesem Anspruch Nachdruck verleiht.

Für das Verständnis ist wichtig zu betonen, dass keine eigenständige EU-Armee geschaffen werden sollte. Bei der ERRF handelt es sich um einen Pool von nationalen Einheiten, welche die jeweiligen Staaten der EU für eine bestimmte Fähigkeitskategorie melden und auf die dann, unter Voraussetzung der Zustimmung der Mitgliedstaaten, zurückgegriffen werden kann. Auch nach dem Lissabon-Vertrag existiert kein EU-eigenes Militäraufkommen. Jedoch könnte zukünftig Art. 24 Abs. 1 UAbs. 1 i.V.m. Art. 42 Abs. 2 UAbs. 1 EUV (Lissabon) als Legitimationsbasis für eine integrierte EU-Armee dienen. ¹¹

Im Mai 2003 stellte der Europäische Rat fest, dass die ERRF im gesamten Spektrum der Petersberg-Aufgaben einsatzfähig sei, wobei

es noch Lücken im oberen Einsatzspektrum, d.h. bei hochintensiven Kampfhandlungen, gäbe. Auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel vom Juni 2004 wurde als neues Planziel das Headline Goal 2010 definiert. Es formulierte das Ziel der Mitgliedstaaten bis 2010 das Spektrum der Petersberg-Plus-Aufgaben abdecken zu können. Allerdings werden in den halbjährlichen Fortschrittsberichten hinsichtlich dieser Absicht noch Defizite identifiziert. ¹²

Battle-Groups

Im Rahmen des Headline Goal 2010 wurde im Juni 2004 vereinbart, kleine Kampfgruppen aufzubauen, die schnell (innerhalb von fünf bis zehn Tagen) und weltweit für das komplette Spektrum der Petersberg-Plus-Aufgaben einsetzbar sein sollen. Schon ein Jahr später stand der EU eine Battle Group aus rund 1.500 Soldaten und ab 2007 je zwei Kampfgruppen zur Verfügung. Die einsatzbereiten Battle Groups wechseln im 6-Monats-Rhythmus und bestehen im Kern aus Infanterieeinheiten, die auf bestimmte Einsatzoptionen spezialisiert sind: Häuserkampf in Städten, Wüstenkrieg, Kampfeinsätze im Dschungel oder im Gebirge. EU-Kampfgruppen sollen

Anspruchsniveau

Im Dezember 2008 beschloss der Europäische Rat in Brüssel ein neues „Anspruchsniveau“ für die EU-Interventionspolitik. Danach soll die EU künftig in der Lage sein, folgende Operationen **gleichzeitig** zu planen und durchzuführen:

- zwei „Stabilisierungseinsätze“ mit einer entsprechenden zivilen Komponente, die mindestens zwei Jahre lang mit bis zu 10.000 Soldaten im Einsatz gehalten werden kann;
- zwei zeitlich befristete „Krisenreaktionsoperationen“ unter Einsatz der Battle Groups der EU;
- eine Operation zur Evakuierung von EU-Bürgern;
- eine Mission zur Überwachung/Abriegelung des See- oder Luftraums;
- eine bis zu 90 Tage dauernde zivil-militärische Operation zur Leistung humanitärer Hilfe;
- ein Dutzend zivile ESVP-Missionen unterschiedlichen Formats (insbesondere Polizeimissionen, Rechtsstaatlichkeitsmissionen, Zivilverwaltungsmissionen, Bevölkerungsschutzmissionen, Missionen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors und Beobachtermissionen), auch im Rahmen der Krisenreaktion, einschließlich einer größeren Mission (mit eventuell bis zu 3.000 Experten), die mehrere Jahre andauern könnte.

Die EU-Missionen

Das Spektrum von EU-Missionen (zivile wie militärische Mittel), in die auch die sog. Petersberg- bzw. Petersberg-Plus-Aufgaben integriert wurden, sind im EU-Vertrag folgendermaßen aufgelistet: (1) gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, (2) humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, (3) Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, (4) Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens, (5) Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen könne zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung in ihrem Hoheitsgebiet (Art. 43 Abs. 1 EUV).

Battel-Groups Zuordnung der truppenstellenden Nationen zu Einsatzperioden:

	Einsatzperiode	Beteiligte Nationen
2005	01-06	Großbritannien, Frankreich
	06-12	Italien
2006	01-06	Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal („Amphibious Battlegroup“)
	06-12	Frankreich, Deutschland, Belgien
2007	01-06	Deutschland, Niederlande, Finnland, Frankreich, Belgien
	06-12	Italien, Ungarn, Slowenien, Griechenland, Rumänien, Zypern, Bulgarien („HELBROC Battlegroup“)
2008	01-06	Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Irland („Nordic Battlegroup“), Spanien, Deutschland, Portugal
	06-12	Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Spanien, Großbritannien
2009	01-06	Italien, Spanien, Portugal, Griechenland
	06-12	Tschechien, Slowakei, Frankreich, Belgien
2010	01-06	Polen, Deutschland, Slowakei, Litauen, Lettland, Großbritannien, Niederlande
	06-12	Italien, Rumänien, Türkei, Spanien
2011	01-06	Niederlande, Deutschland, Finnland, Österreich, Litauen, Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Irland
	06-12	Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Zypern, Portugal, Spanien, Frankreich und Italien oder Frankreich allein
2012	01-06	Vakant
	06-12	Italien, Slowenien, Ungarn, Deutschland, Österreich, Tschechien, Kroatien, Mazedonien
2013	01-06	Polen, Deutschland, Frankreich („Battlegroup Weimar“)
	06-12	Großbritannien, Schweden, Belgien

ihre militärischen Aufträge innerhalb von 30 bis 120 Tagen erfüllen oder den Einsatz von größeren Militärkontingenten, hauptsächlich der Vereinten Nationen, vorbereiten.¹³

Bei der Aufstellung der Battle Groups ließ sich die EU nicht zuletzt von den Erfahrungen aus den Kolonialkriegen ihrer Mitgliedstaaten leiten. Es ist daher kein Zufall, dass sie besonders für Interventionen in Afrika ausgelegt sind. Europäischen Kolonialmächten wie Frankreich, Belgien, Portugal und Großbritannien ermöglicht die EU-Politik, „jeweilige nationale Ziele und ihre Verantwortung in Afrika gewissermaßen zu vergemeinschaften und zugleich weiterhin Sonderbeziehungen zu ihren ehemaligen Kolonien zu pflegen.“¹⁴

Daneben stehen der Balkan und der Nahe und Mittlere Osten im Fokus. „Der Umgang mit unserer Peripherie ist entscheidend für unsere Glaubwürdigkeit in der internationalen Politik. Wir müssen in der Lage sein, unsere eigene Nachbarschaft zu stabilisieren,“¹⁵ erklärt Javier Solana diesen Blickwinkel.

Im belgisch-niederländischen Grenzgebiet trainierte im Oktober 2010 eine EU Battle Group im Manöver „European Rhino 1“. Dieses Manöver kann gut dazu dienen, den Aufgabenbereich der Battlegroups zu illustrieren. Neben der Eindämmung und Kontrolle von Unruhen „ist es mit einer ‚Battle Group‘ auch möglich, einen größeren Hafen zu sichern und für Folgekräfte offen zu halten. Je nach Bedrohungslage ist es machbar, ein Einsatzgebiet bis hin zur Größe der Südsteiermark zu kontrollieren“,¹⁶ gab der Kommandeur der beteiligten österreichischen Soldaten zum Besten.

Die Truppe für alle Fälle: EU Gendarmerie Force

Weil westlicher Systemexport in den besetzten Ländern auf vielfältige Formen von Widerstand stößt, sucht die EU neben ihrem militärischen Gewaltapparat und den damit verbundenen zivilmilitärischen Strukturen nach einem flexiblen Instrument zur Aufstandsbekämpfung unterhalb der Schwelle von Kampfeinsätzen. Dieses Instrument wird in der Etablierung der European Gendarmerie Force (EGF) gesehen, die am 17. September 2004 gegründet wurde, und die dafür konzipiert ist, die klaffende Lücke „zwischen reinen Militäreinsätzen [ERRF, BG] und Aufgaben der zivilen Bevölkerungskontrolle mit nicht-tödlichen Mitteln“¹⁷ zu füllen.

Es handelt sich bei der EGF demnach um eine „paramilitärische Mischform zwischen Polizei und Militär.“¹⁸ Sie kann unter EU- und NATO-Kommando eingesetzt werden, aber auch von ad-hoc-Koalitionen („Koalition der Willigen“) und internationalen Organisationen. Ebenso kann sie unter zivilem und militärischem Kommando, im In- und Ausland operieren.¹⁹ Nach dem Vertrag

Fakten zur European Gendarmerie Force

- Gründung am 17. September 2004 mit Sitz in Vicenza (Italien). 2006 wurde die EGF für voll einsatzfähig erklärt.
- Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und die Niederlande sind Gründungsmitglieder. Rumänien ist seit Dezember 2008 Mitglied. Polen und Litauen haben einen Partnerstatus inne und die Türkei übt einen Beobachterstatus aus. Aserbaidschan ist an einer Mitgliedschaft interessiert.

Die EGF mit einer Gesamtstärke von 2.300 Mann besteht aus einem Kern von rund 800–900 Paramilitärs (mit der Bewaffnung einer leichten Infanterieeinheit). Als Reserve stehen weitere 1.500 Mann zur Verfügung.

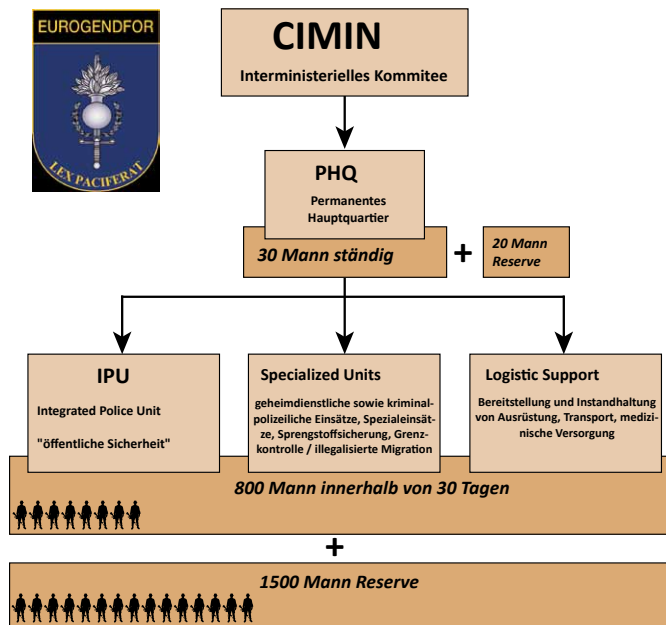
- Die nationalen Beiträge zur EGF in Mannschaftsständen sind: 800 (Italien), 600 (Frankreich), 500 (Spanien), 160 (Portugal), 100 (Niederlande).

Aufgaben der EGF

Im Einzelnen sind der EGF folgende Aufgaben zugewiesen:

- die Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung;
- die Überwachung, Beratung und Beaufsichtigung von lokalen Polizeikräften in ihrer täglichen Arbeit;
- die Überwachung von öffentlichen Plätzen, die Verkehrsregelung, Grenzkontrollen und nicht präziser definierte generelle geheimdienstliche Tätigkeiten sowie kriminalpolizeiliche Aufgaben;
- die Menschen und ihr Eigentum schützen und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Falle einer öffentlichen Störung sicherstellen sowie Polizeioffiziere und Ausbilder nach internationalen Standards unterrichten können.

Treaty of the European Gendarmerie Force, ebd., Artikel 4



Organigramm der EGF

über die Gründung der European Gendarmerie Force (Vertrag von Velsen) vom 18. Oktober 2007 lautet ihr allgemeiner Auftrag, das volle Spektrum von Polizeimissionen durch alle Phasen einer Krisenmanagement-Operation abdecken zu können. Hauptaufgaben sind aber die Aufstandsbekämpfung („Crowd and Riot Control“) und das Ausbilden von Repressionsorganen in Konfliktgebieten wie Bosnien und Afghanistan.²⁰ Mit der im Vertrag von Lissabon enthaltenen Solidaritätsklausel ist auch ein Einsatz im Inneren der EU, z.B. gegen Demonstrationen, Blockaden und Streiks, denkbar.

In Deutschland wird überlegt, wie man das Grundgesetz mit seinem Trennungsgebot für Polizei und Militär am Besten umgehen könnte. Die regierungsnaher Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) schlägt dazu, den Aufbau einer Gendarmerie-Einheit ausschließlich für Auslandseinsätze vor, die entweder Teil der Bundespolizei sein oder dem „Verteidigungs“minister (Feldjäger) unterstehen soll.²¹

Konkurrenz und Kooperation

Hinsichtlich der Frage, welche Rolle bei der Staatenbildung und Zerschlagung durch die EU dabei die Beziehung zur NATO einnimmt, ist das Verhältnis von Ambivalenz gekennzeichnet. Nachdem der Aufbau einer autonomen Militärmacht der EU lange von den USA als Schwächung der NATO kritisiert wurde, scheint in letzter Zeit der Fokus auf der Bündelung westlicher Militärmacht zu liegen. Gründe dafür liefern Analysen wie die Studie „Global Trends 2025“ der US-Geheimdienste oder Untersuchungen des „European Council on Foreign Relations“, die von einem schwindenden Einfluss des Westens in einer zunehmend unruhigen Welt ausgehen. So wurde im neuen strategischen Konzept der NATO, das Ende 2010 auf dem Lissaboner Gipfel verabschiedet wurde, zum ersten Mal eine militärisch strategische Partnerschaft mit der Europäischen Union verankert. In Diskussion ist eine Art umgedrehtes „Berlin-Plus“-Verfahren, bei dem die NATO Zugriff auf zivil-militärische Kapazitäten der EU erhalten soll.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2011 beschwor NATO-Generalsekretär Rasmussen „eine starke strategische Partnerschaft zwischen NATO und EU“. Die Rolle der NATO sei es dabei „als eine Zentrale zu fungieren und alle an den besten Techniken und Verfahren teilhaben zu lassen“. „Schließlich dreht sich alles nur darum, es den Staaten zu erleichtern, Fähigkeiten zu entwickeln

und zu erwerben – im Alleingang, gemeinsam mit Verbündeten oder sogar unter Beteiligung von Nicht-NATO-Ländern, in der NATO oder in der EU.“²²

Andererseits wird am Institut der EU für Sicherheitsstudien (EUISS) in Paris ganz offen von einem Machtverlust der USA und auf eine wachsende Bedeutung der EU geschlossen. „Während es scheinen könnte, dass die EU als strategischer Akteur nur die zweite Geige spielt und die NATO ihre Rolle festigt, ist es doch wichtig eine andere, ebenso wichtige, Tatsache zu begreifen: Europäische Verteidigung ist kein Projekt der Vergangenheit, sondern einer modernen Notwendigkeit. Verschiedene internationale Entwicklungen - der relative Niedergang militärischer Macht, die Verschlechterung der Situation in Europas südlicher Nachbarschaft, Amerikas neue Prioritäten außerhalb Europas, die strukturelle Schwäche der NATO - bedeuten, dass eine wachsende strategische Verantwortung der EU eigentlich unvermeidlich ist. Das ist umso mehr der Fall, als die Vereinigten Staaten nicht mehr fähig oder nicht mehr bereit sein werden, die volle Reihe von Krisenmanagement-Aufgaben in der Welt zu übernehmen. Amerikas verminderte Rolle wird in dieser Beziehung bedeuten, dass Europa zunehmend verpflichtet sein wird zu handeln. Auf vielfältige Weise, selbst wenn gegenwärtige Tendenzen auf die Aufgabe von EU-Machtpositionen hinzudeuten scheinen, wird die Flut der Globalisierung die EU letztlich in eine hervorgehobene Position als globaler Akteur spülen.“²³

Nicht nur die Beziehung der EU zur NATO ist ambivalent, auch hinsichtlich des Verhältnisses der EU zur UN bzw. zu regionalen Organisationen ist das Verhalten uneinheitlich. An einer Empfehlung der Stiftung Wissenschaft und Politik am Beispiel der African Standby Force (ASF) der Afrikanischen Union (AU) lässt sich eindrücklich aufzeigen, wie das Verhältnis der UN zur EU gewünscht wird und welche Funktionen dabei jeweils den EU-Battle-Groups, den UN-Friedenstruppen und der ASF zugewiesen wird: „Solange die ASF nicht über schnell einsetz- und verlegbare Truppen verfügt, ist idealiter folgender Dreiklang von ASF, EU-Battlegroups und UN-Friedenstruppen in einem abgestuften Einsatzszenario denkbar: Zur raschen Gefahrenabwehr könnten die hochmobilen EU-Battlegroups eingesetzt werden. Anschließend übernimmt die ASF im Rahmen einer Peacekeeping-Operation, und zwar mit größeren Kontingenten »Boots on the ground«, also in Form leichter Infanterie. Diese Kräfte werden von mobilen luftverlegbaren Einsatzkräften der EU unterstützt. Nachfolgend übernehmen die UN

mit einer mittelfristigen nachhaltigen Stabilisierungstruppe den weiteren Friedensprozess. Damit wären verschiedene internationale Akteure ihren spezifischen Fähigkeiten gemäß beteiligt, und es ergäbe sich eine enge, ineinandergreifende Verflechtung dieser Akteure (...).²⁴ An dieser Vorstellung ist nicht zu übersehen, dass der EU eine Schlüsselrolle zugeschrieben wird, in der sie je nach ihren politischen Vorstellungen und Interessenlagen Einsätze der UN bzw. der AU mit ihren Kräften starten und begleiten kann, aber auch trotz einer entsprechenden UN-Resolution untätig bleiben könnte mit der Folge, dass die UN-Mission ebenfalls unterbleiben würde oder mit einem ganz anderen Charakter durchgeführt werden müsste.

Anmerkungen

- 1 Javier Solana: „Zehn Jahre Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, in Europäische Sicherheit, Oktober 2009.
- 2 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Sicherheits-_und_Verteidigungspolitik (abgerufen am 3. April 2011).
- 3 Wolfgang Ischinger: „Europa steht vor tektonischen Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge“, in: Europäische Sicherheit, Februar 2011.
- 4 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12. Dezember 2003, S. 8 und 13 der pdf-Version, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>.
- 5 Robert Cooper: „The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty-first Century“, engl., London, 2004, S. 68.
- 6 Jochen Hippler: „Nationalstaaten aus der Retorte? Nation-Building zwischen Entwicklungspolitik, militärischer Intervention und Krisenprävention“, ohne Jahresangabe auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 3 der pdf-Version, http://www.boell.de/downloads/demokratie/Nationalstaaten_aus_der_Retorte_Hippler_dt.pdf.
- 7 Berit Bliesemann de Guevara, Florian P. Kühn: „Wir sind nicht nur hier, um zu helfen. Schluss mit dem Selbstbetrug: Westliche Interventionen sind Instrumente der Machtpolitik.“, online-Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 4.2.2011, <http://www.zeit.de/2011/06/P-Intervention>.
- 8 „Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, Köln, 3. und 4. Juni 1999, http://www.europarl.europa.eu/summits/kol2_de.htm#an3.
- 9 Vgl. Behme, Christian: GASP, ESVP und ihre Instrumente – Ein Überblick, Nr. 2/07 (22. Januar 2007), Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, S. 1.

10 Holger H. Mey: „Deutsche Sicherheitspolitik 2030“, Frankfurt a. M., 2001.

11 Vgl. Kastler, Holger A.: Die EU auf dem Weg zu einer eigenen Armee? – Die militärische Dimension der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Reformvertrag, in: Forum Recht, 03/2009, S.83-85, S. 83.

12 Vgl. Behme, ebd., S. 4 f.

13 Vgl. Major, Claudia/ Mölling, Christian: EU-Battlegroups. Bilanz und Optionen zur Weiterentwicklung europäischer Krisenreaktionskräfte, SWP-Studie S 22, Berlin, August 2010.

14 Stefan Gänzle und Sven Grimm: „Den Afrikanern kämpfen helfen“, in Welt-Sichten, Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit, 7-2008.

15 Javier Solana: „Zehn Jahre“, ebd.

16 Österreichs Bundesheer, Website, „EU-‘Battle Group‘: Übung in Belgien läuft auf Hochtouren“, 4.10.2010, <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=5317>.

17 Tim Schuhmacher: Lex Paciferat – Das Gesetz wird Frieden bringen. Ein Blick auf die europäischen Gendarmeriekräfte, in: Ausdruck (August 2010), S.18-23, S. 18.

18 Schuhmacher, ebd., S. 18.

19 Vgl. Treaty of the European Gendarmerie Force, <http://www.eurogendfor.org/referencetexts/EGF%20Treaty%20english%20version.pdf>, Artikel 5.

20 Vgl. Schumacher, ebd., S. 19 ff.

21 Vgl. Ronja Kempin/ Christian Kreuder-Sonnen: „Gendarmerie-Einheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen - Eine Option für Deutschland?“, SWP-Studie S 6, Berlin, März 2010.

22 Anders Fogh Rasmussen: „Intelligente Verteidigung gewährleistet größere Sicherheit für weniger Geld durch flexiblere Zusammenarbeit“, in: Europäische Sicherheit (Monatszeitschrift), März 2011, S. 19.

23 European Union Institute for Security Studies: „What do Europeans want from NATO?“, EUISS-Report No. 8, Paris, November 2010. http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Report_8-What_do_Europeans_want_from_NATO.pdf

24 Kinzel, Wolf: Die African Standby Force der Afrikanischen Union. Ehrgeizige Pläne, große regionale Disparitäten: eine Zwischenbilanz, SWP-Studie S 21, Berlin, Juli 2008, S. 27.

*Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, gehalten auf dem
13. IMI Kongress "Europas Staatsbildungskriege"*

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisation e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

